Nach dem Google-Urteil ist der Gesetzgeber am Zug

Nach dem Google-Urteil ist der Gesetzgeber am Zug

Der Deutsche Journalisten-Verband hat den Deutschen Bundestag aufgefordert, die notwendigen Konsequenzen aus dem Google-Urteil des Europäischen Gerichtshofs in einem Bundesgesetz zu regeln. Es gelte, eine verlässliche Abwägung zwischen dem Persönlichkeitsschutz von Menschen einerseits und dem Interesse der Öffentlichkeit an weitgehendem Zugang zu Informationen zu finden, sagte DJV-Bundesvorsitzender Michael Konken. Der Europäische Gerichtshof hatte am 13. Mai geurteilt, dass der Suchmaschinenbetreiber Verweise auf Webseiten mit sensiblen persönlichen Daten löschen muss, wenn der Betroffene seine Persönlichkeitsrechte verletzt sieht und sie gegenüber den berechtigten Interessen der Öffentlichkeit überwiegen. Seit der Urteilsverkündung gingen Medienberichten zufolge Tausende Anträge auf Datenlöschung bei Google ein. Konken: "Jetzt ist der Gesetzgeber am Zug. Journalistinnen und Journalisten sind für ihre Recherchen in Suchmaschinen auf einen verlässlichen Rahmen angewiesen."
Der DJV-Vorsitzende machte deutlich, dass nicht allein die Interessen des Daten- und Verbraucherschutzes berücksichtigt werden dürften: "Der freie Informationszugang muss den gleichen Stellenwert haben wie der Datenschutz." Ob und in welchem Umfang Suchmaschineneinträge gelöscht werden müssten, dürfe nicht allein unter Google-Repräsentanten und Datenschutzbeauftragten ausgemacht werden. "Das Informationsinteresse der Bürger und der Rechercheauftrag der Journalisten müssen ebenso angemessen berücksichtigt werden."
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Hendrik Zörner
Bei Rückfragen:
Tel. 030/72 62 79 20
Fax 030/726 27 92 13
 www.djv.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=566046" width="1" height="1">

Pressekontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutscher Journalisten-Verband (DJV)

10117 Berlin

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV), 1949 gegründet, vertritt die berufs- und medienpolitischen Ziele und Forderungen der hauptberuflichen Journalistinnen und Journalisten aller Medien. Er ist politisch wie finanziell unabhängig und handelt ohne sachfremde Rücksichtnahmen. Der DJV achtet und fördert die publizistische Unabhängigkeit seiner Mitglieder. In seiner Kombination aus Gewerkschaft und Berufsverband befindet er sich auf deutlichem Erfolgskurs. Die Entwicklung der Mitgliedszahlen belegt dies: Allein in den letzten zehn Jahren wuchs die Zahl der Mitglieder von 16.592 (12/88) auf 36.150 (5/00). Dies ist nicht zuletzt auf das umfangreiche Leistungspaket des DJV zurückzuführen: Tarife:Der DJV schließt als Tarifpartei seit 1950 in allen Medien Tarifverträge und überwacht deren Einhaltung.Rechtsschutz:Der DJV und seine Landesverbände beraten in beruflichen Konfliktfällen und bieten freien wie angestellten Journalistinnen und Journalisten Rechtsschutz, vor allem bei arbeits-, steuer- oder urheberrechtlichen Angelegenheiten.Beratung:Der DJV berät und informiert seine Mitglieder beim Abschluss von (Arbeits-)Verträgen, in Ausbildungs- und in Steuerfragen.